



Kantonsrat

Sitzung vom: 8. November 2011, nachmittags

Protokoll-Nr. 466

Nr. 466

Anfrage Suntharalingam Lathan und Mit. über die Finanzierung der Aus- und Weiterbildung angehender Fachärzte (A 77). Schriftliche Beantwortung

Die schriftliche Antwort des Regierungsrates auf die am 7. November 2011 eröffnete Anfrage von Lathan Suntharalingam über die Finanzierung der Aus- und Weiterbildung angehender Fachärzte lautet wie folgt:

"Zu Frage 1: Wer trägt die Ausbildungskosten der Fachärzte an LUKS und lups?"

Die Kosten für Aus- und Weiterbildung sind gemäss KVG in den Fallpauschalen inbegriffen, soweit es sich nicht um Forschung und universitäre Lehre handelt. Universitäre Forschung und universitäre Lehre sind separat von den Kantonen als gemeinwirtschaftliche Leistungen abzugelten. Demnach trägt auch im Kanton Luzern diese Kosten der Kanton.

Zu Frage 2: Wie ist die Haltung des Regierungsrates bezüglich der Kostenbeteiligung bei der Ausbildung der Fachärzte in den Innerschweizer Kantonen?"

Wir sind der Meinung, dass ein allfälliger Ausgleich unter den Kantonen gesamtschweizerisch gelöst werden müsste. Nur ein regionaler Ausgleich trägt den tatsächlichen Ausbildungsleistungen zu wenig Rechnung.

Es ist auch nicht so - wie die Anfrage vermuten lässt - dass z.B. der Kanton Zürich mit den Ausgleichszahlungen innerhalb der Ostschweizer Kantone zufrieden wäre. Der Kanton Zürich ist bemüht, auch von andern Kantonen Ausgleichszahlungen für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen an das Universitätsspital zu erhalten, dieses jedoch primär mit Blick auf die Forschungsaufwendungen, nachdem auch die nichtuniversitären Kantone in hohem Masse Aus- und Weiterbildungsleistungen erbringen.

Zu Frage 3: Laufen bereits Verhandlungen? Wenn nein: Warum nicht?"

Die GDK hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche einen gesamtschweizerischen Ausgleich in Bezug auf Forschung und Lehre unter den Kantonen prüft. Luzern ist in dieser Arbeitsgruppe vertreten.

Zu Frage 4: Kann der Kanton Luzern für das Jahr 2012 einen finanziellen Beitrag leisten, damit künftige Ärzte eine solide Ausbildung geniessen können? Wenn nicht: Wie sichert er eine gute Ausbildung der Ärzte im Kanton Luzern ab?"

Wir beabsichtigen, den Ausbildungsspitalern pro Assistenzarztstelle einen Beitrag als gemeinwirtschaftliche Leistung zu entrichten gemäss den Empfehlungen der GDK.

Zu Frage 5: In DRG ist kein Geld für Forschung und Entwicklung vorgesehen. Wie ist deren Finanzierung in den LUKS geregelt?"

Wie schon erwähnt werden wir diese Kosten über gemeinwirtschaftliche Leistungen bezahlen."

Für die SP/JUSO-Fraktion sei es wichtig, dass mit der Umsetzung der Fallpauschale die bisherige Leistungsqualität nicht abgebaut werde. Sie werde genau beobachten, wie die DRG umgesetzt werde. Im Sinne gemeinwirtschaftlicher Leistungen werde die Ausbildung der Assistenzärzte unterstützt. Lathan Suntharalingam bedauere, dass keine Zahlen aus der regierungsrätlichen Antwort ersichtlich seien. Er warne davor, dass Sparübungen und andere Leistungskür-

zungen bei der Ausbildung von Fachkräften im Gesundheitswesen gravierende Folgen bringen könnten. Zu wenig Personal bedeute mehr Leistungsdruck auf Mitarbeiter. Dies wiederum erhöhe die Unzufriedenheit bei der Arbeit, es fördere die Hektik in den Spitälern. Weil Privatkliniken keine Assistenzärzte aufnehmen und ausbilden würden, und trotzdem von ihren Kompetenzen profitierten, müssten sie gemäss SP/JUSO-Fraktion eine Ausbildungssteuer bezahlen. Im Sinne gleich langer Spisse müsste folglich jedes Spital, das als anerkannter Leistungsträger auf einer Liste stehe, Assistenzärzte ausbilden oder deren Ausbildung zumindest mitfinanzieren.

Bernadette Bründler von der CVP-Fraktion ist mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden. In der Fallpauschale sei die Aus- und Weiterbildung der Fachärzte mit enthalten. Luzern sei in einer Arbeitsgruppe, welche einen gesamtschweizerischen Ausgleich unter den Kantonen prüfe, was Forschung und Lehre anbelange. Pro Assistenzarztstelle werde ein Beitrag aus gemeinwirtschaftlicher Leistung entrichtet, gemäss Empfehlung der GDK.

Der Gesundheits- und Sozialdirektor, Guido Graf, verzichtet auf eine Wortmeldung.

Der Anfragende ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden.